

- | | |
|---|---|
| 1 Die kontaminierten Bührle-Bilder im Kunsthaus Zürich | 18 Arktis: Warmes Klima, Kalter Krieg |
| 5 Sicherheitsrat: Welche Ambitionen hat der Bundesrat? | 22 Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrags |
| 6 Äthiopien: Ab wann ist der Bürgerkrieg Völkermord? | 26 Gertrud Kurz: Empathie als Subversion |
| 10 Bührle: Die versteckte Aufrüstung Deutschlands | 31 Rezension: An der Peripherie des Holocaust |

Der Zürcher Bührle-Skandal: Geschichte und Aktualität

Wie Emil Georg Bührle zu seiner Zürcher Kunstsammlung kam

Anfang Oktober 2021 wurde der Chipperfield-Annexbau des Zürcher Kunsthauses mit der grossen Impressionisten-Sammlung von Waffenhändler Emil Georg Bührle im Zentrum eröffnet. Wir dokumentieren, wie dieser zum einst reichsten Schweizer wurde und zu seinen umstrittenen Kunstwerken kam (siehe den Schwerpunkt auf Seite 10). Nachfolgend kommentiert der Historiker Jakob Tanner, Mitglied der einstigen Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK), die neu aufgeflammete Auseinandersetzung um das Bührle-Erbe und den Umgang der Schweiz mit Raubgut.

/ Jakob Tanner /

«Zürich hat sich nicht eine Gewehrpatrone, sondern eine Kanonenkugel in den Fuss geschossen»: So kommentiert das Westschweizer Wirtschaftsmagazin *bilan* den Bührle-Skandal in Zürich. Tatsächlich endete die Kommunikationsstrategie von Stadt und Kanton Zürich mit einem Fiasko. Als im August 2018 eine Studie zur Geschichte des «Kanonenkönigs» Emil Georg Bührle und seiner Kunstkäufe in Auftrag gegeben wurde, hiess es noch, die Limmatstadt wolle «ein international vorbildhaftes Projekt zum Umgang mit einer politisch be-

lasteten» Kunstsammlung (...) präsentieren» (Zitat aus dem Projektauftrag). Das urbane Standortmarketing hatte vor, die Limmatstadt mit einer hochkarätigen Sammlung in die globale Spitzenliga der Museen zu katapultieren, wurde jedoch in flagranti von der düsteren Geschichte Bührles eingeholt.

Auch in der Wirtschaftsmetropole der Schweiz kommt Hochmut vor dem Fall. Und Überheblichkeit steigert die Fallhöhe. Sie führt zu falscher Selbstsicherheit und geistiger Lethargie. Jedenfalls schrieb Simon Erlanger Mitte Oktober 2021 in *tachles*: «Offenbar hat man in Zürich den Moment in den neunziger

Jahren verschlafen, als die Bergier-Kommission an die Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg ging.»

Zwischen Antifaschismus und engen Beziehungen zum Nazi-Regime

Zürich unterhielt nach 1933 sowohl wirtschaftlich-finanziell wie kulturell besonders starke Verbindungen mit dem «Dritten Reich». In der einen Richtung flohen Schriftstellerinnen, Schauspieler und andere Kulturschaffende vor den Nationalsozialisten und fanden im Zürcher «Emigranten-Juden-Marxisten-Theater», wie es von den rechtsextremen Fronten bezeichnet wurde, eine neue Wirkungsstätte von alsbald europaweiter Ausstrahlung. In der anderen Richtung waren die geschäftlichen und persönlichen Beziehungen zum NS-Regime sehr eng und nach Kriegsausbruch explodierten die – durch die «Clearings-Milliarde» des Bundes mitfinanzierten – Waffenexporte. Emil G. Bührle war alsbald der reichste Mann der Schweiz.

Die Erinnerung an die antifaschistische Pfauenbühne fand in Zürich immer mehr Anklang als jene an die Oerlikoner Werkzeugmaschinenfabrik und an ihren in rechtsex-



tremen Netzwerken operierenden und mit den Nazis kollaborierenden Besitzer. Damit verlor man auch Bührlers Kunstsammlung etwas aus den Augen. Mit dem durch die Volksabstimmung von 2012 demokratisch legitimierten Bau des Chipperfield-Annexes am Heimplatz wurden schliesslich harte materielle Fakten geschaffen, während eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem «Bührle-Komplex» (Erich Keller) nicht stattfand.

Vom Weisswaschen zu Schwarzbüchern

Vor Kurzem schrieb die Literaturwissenschaftlerin Silvia Sasse auf der Plattform «Geschichte der Gegenwart»: «Ein kurzer Blick in die Geschichte genügt, um zu erkennen, dass Weisswäscherei in der Regel in Schwarzbüchern endet.» 2015 hatte allerdings eine Gruppe von kritischen Köpfen vom Weisswaschen genug und verfasste ein *Schwarzbuch Bührlers*, das indessen auf wenig Resonanz stiess. So hielt die Persil-Praxis der In-house-Provenienzforschung der Bührlers-Stiftung an. Diese interessiert sich vor

allem für wertsteigernde Echtheits- sowie Detailabklärungen und hatte kaum ein Sensorium für die zentrale Tatsache, dass die grosse Mehrzahl der ausgestellten Impressionisten jüdische Vorbesitzer hatte, die nach 1933 von den Nationalsozialisten beraubt worden waren oder ihre Kunstobjekte unter extremen Zwangsbedingungen verkaufen mussten. Es gab somit keine Vorstellung davon, dass auch die aktuellen Wertschöpfungsprozesse im Kunstsektor an vielen neuralgischen Punkten noch immer eng verwoben sind mit den damaligen «verfolgungsbedingten Vermögensverlusten».

Als dann aber der Chipperfield-Bau da- und die Eröffnung der Bührlers-Sammlung bevorstand, aktivierte sich punktuell das kulturelle Gedächtnis. Ende 2020 lancierte die IG-Transparenz, in der sich die Autoren des *Schwarzbuches* zusammengeschlossen hatten, die Petition «Licht in die Kunstsammlung Bührlers». Anfang Oktober 2021 erschien Erich Kellers Buch *Das kontaminierte Museum*, das international Beachtung fand und über diese Aussenwirkung den lokalen Bührlers-Skandal effektiv ins Rollen brachte.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Jakob Tanner, Susan Boos, Ben Müller, Marionna Schlatter, Markus Heiniger, Dominic Johnson, Francine Perret, Ruedi Tobler, Andreas Zumach.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite / Seiten 2/3: Bührlers-Sammlung; Seite 4: Diana Schenkel; Seiten 10/11: Peter Hug; Seite 14: Oerlikon Werkmitteilungen; Seite 15: Life Magazine; Seite 21: Kichka; Seite 26/28: Archiv für Zeitgeschichte. Seite 32: Kichka.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., Dezember 2021

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



Paul Cézanne: Paysage vers 1879. Eines der «kontaminierten» Werke.

buch, das auch die Kulturpolitik von Emil G. Bührlers unter die Lupe nimmt.

Historische Spurensicherung

Ende letzten Jahres erschien der Forschungsbericht des «Lehrstuhls Leimgruber», der den Konnex zwischen Krieg, Kapital und Kunst im Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis zum Tod des Waffenfabrikanten im Jahre 1956 ins Zentrum rückt und die Rüstungsproduktion als Grundlage der Kunstsammlung analysiert. Die erwähnte Studie von Keller basiert, soweit sie historisch argumentiert, auszugsweise auf diesem Bericht, referiert jedoch stärker auf neue Ansätze einer Spurensicherung von Translokationen (d.h. oft gewaltsamer Freisetzung, massenhafter Verlagerungen und Appropriation von Kunstwerken), womit Keller jenes interdisziplinär-transnationale Forschungsprojekt umreisst, das jetzt drin-

Die Dinge ruhen lassen...

«Über siebzig Jahre nach den Ereignissen stellt sich die Frage, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, die Dinge ruhen zu lassen; im Interesse des Rechtsfriedens und aus der Erkenntnis, dass Geschichte nicht rückgängig gemacht werden kann.»

Der neue Präsident der Stiftung Sammlung E.G. Bührlers, der Zürcher Rechtsanwalt Alexander Jolles. Unter «Ereignisse» meint er den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust.



ten) Bilder der Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus.

gend ansteht. Es geht hier darum, die seit den 1990er-Jahren parallel zur exorbitanten Wertsteigerung auf den Kunstmärkten einsetzende Provenienzforschung auch auf ihre eigene Geschichte zu beziehen und darzustellen, wie sich ihre Rolle und ihre Praxis in den vergangenen Jahrzehnten verändert haben.

Es wird sogleich klar, dass der Bührle-Skandal auf Problemstellungen verweist, die über Zürich hinausreichen. Während des Nationalsozialismus fungierte die Schweiz als Drehscheibe für Kulturobjekte, speziell als Umschlagplatz für Raubkunst und Fluchtgut aus NS-Deutschland. Viele Gemäldesammlungen wurden auf neutrales Territorium verlagert, und mit ihnen liessen sich kompetente Kunsthändler hier nieder. Die der Schweizerischen Kreditgesellschaft (SKA) gehörende Fides-Treuhand organisierte den finanziellen Rahmen für die Transaktionen.

Zudem wickelten Auktionshäuser – insbesondere die Galerie Fischer in Luzern – in grossem Stil Tauschgeschäfte ab, vor allem mit der Göring-Sammlung und mit Hitlers «Führermuseum Linz». Mit diesen Geschäften und Objekten fanden die nationalsozialistischen Entrechtungs-, Verfolgungs-, Beraubungs- und Vernichtungspraktiken Eingang in der Schweiz. Die hier angesiedelten Waffenfabriken – herausragend Oerlikon-Bührle – unterstützten wiederum diese Gewaltpolitik durch die Aufrüstung des Regimes.

Kein Handlungsbedarf?

Die Schweiz setzte nach 1945 auf Kontinuität und sie fungiert bis heute als Drehscheibe und Aufbewahrungsort (Zollfreilager!) für Kunst und Kulturgüter aus allen Weltgegenden. Dieser «freie Privathandel» ist heute durch die Provenienzabklärungen in vielen Schweizer Museen und durch die Übernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen des Washingtoner-Abkommens über Vermögenswerte aus der Zeit des Holocaust (1998) sowie der Theresienstädter Erklärung (2009) verunsichert. Unlängst setzte sich der SVP-Nationalrat Thomas Matter mit einer parlamentarischen Interpellation für «Rechtssicherheit für Schweizer Museen, Privatsammler und Antikenhandel» ein.

Letzterer sei «einst weltweit führend» gewesen, «aber mittlerweile praktisch zum Erliegen gekommen». Matter will die Beweishürde so weit hochziehen, dass keine Raubkunstfälle mehr auftreten. Der Bundesrat stellt in seiner Antwort vom 17. November 2021 richtig, dass der besagte Kunsthandel überhaupt nicht geschrumpft sei, sieht aber im Übrigen «keinen Handlungsbedarf». In der «langen Dauer» ist es bemerkenswert, wie die Schweiz trotz Kulturgütertransfersgesetz ihre Sonderfallposition im Kunst- und Kulturgüterhandel zu verteidigen versucht und dabei verdrängt, dass sie damit ihre eigene Zukunft kontaminiert.



Erich Keller: **Das kontaminierte Museum.** Das Kunsthaus Zürich und die Sammlung Bührle. Rotpunktverlag, Zürich 2021, 192 Seiten, Fr. 27.90.

Editorial

Sind wir noch einmal davongekommen?

Es war nicht unbedingt zu erwarten, dass das Covid-19-Gesetz die Referendumsabstimmung so problemlos überstehen würde mit rund 62 Prozent Ja-Stimmen. Zu laut waren die GegnerInnen mit ihren Dauer-Kundgebungen mit Schellen an allen möglichen Orten, ländliche Gegenden waren zugepflastert mit Bannern und Plakaten, im öV drohten Mahnfinger mit dem Schlimmsten. Die Kombination einer öffentlich präsenten Gegnerschaft mit einer millionenschweren Werbekampagne könnte – so war zu befürchten – Wirkung zeigen, umso mehr als die Befürworterseite lange Zeit kaum in der Öffentlichkeit präsent war. Das täuschte darüber hinweg, dass die Verankerung der Gegnerschaft in der breiten Bevölkerung doch eher schwach ist.

Zur ungewöhnlich hohen Stimmbeteiligung und guten Zustimmung zum Covid-19-Gesetz hat bestimmt auch die Kombination mit der Pflegeinitiative beigetragen, einer der wenigen angenommenen Volksinitiativen. Für einmal haben sich zwei «positive» Vorlagen gegenseitig verstärkt – und nicht wie beim CO₂-Gesetz, als die Landwirtschaftsinitiativen dieses in den Abgrund mitgezogen.

Hat also doch letztlich die Demokratie funktioniert? Und können wir nun einfach die Abstimmung abhaken und zum Alltag übergehen? Nichts wäre falscher als das. Aller Voraussicht nach steht uns nach der Dezembersession das dritte Referendum gegen das Covid-19-Gesetz bevor, und es muss befürchtet werden, dass die Gegner wieder alles unternehmen werden, um die Gesellschaft weiter zu spalten, und erneut krude Theorien verbreiten werden. Wenn es den «Freunden der Verfassung» wirklich um ein besseres Funktionieren unseres Staatswesens ginge, müssten sie statt eines neuen Referendums eine Volksinitiative für die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit lancieren. Dann liessen sich ihre Vorwürfe auf einer sachgemässen Ebene überprüfen. Aber daran haben sie offenbar kein Interesse.

Es ist nicht anzunehmen, dass die Pandemie in absehbarer Zeit überwunden sein wird. Es gibt also noch mehr als genug zu tun, die Pandemie als solche zu bekämpfen. Da wünschen wir uns von den Eidgenössischen Räte die nötigen Beschlüsse, auch wenn dies nochmals zu einem Referendum gegen das Covid-19-Gesetz führen dürfte.

Ruedi Tobler